

## **Unterrichtung**

durch die Landesregierung

**Stellungnahme zu den Beschlüssen des Oberrheinrates vom 19. Juni 2009 in Liestal sowie zu den Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarier-Rates vom 15. Mai 2009 in Luxemburg (Drucksache 15/3580)**

### **Stellungnahme der Landesregierung zu den Beschlüssen des Oberrheinrates vom 19. Juni 2009 in Liestal**

- Beitrag der Trinationalen Metropolregion Oberrhein zum „Territorialen Zusammenhalt“  
Der Beschluss wurde als gemeinsame Resolution vom Oberrheinrat und dem Präsidium der Oberrheinkonferenz, zugleich am 19. Juni 2009, verabschiedet.
- Anschluss des Trinationalen Euroairports Bâle-Mulhouse an das Europäische Schienennetz
- Beschleunigung des Variantenentscheides der Regio-S-Bahn-Zentrumsverbindung in Basel
- Bessere Information der Bevölkerung im Bereich der Energieeinsparung
- Trinationale Metropolregion Oberrhein – Zusammenarbeit im Rahmen der Säule Wissenschaft

### **Stellungnahme der Landesregierung zu den Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarier-Rates vom 15. Mai 2009 in Luxemburg**

- Einführung eines INTERREG-Projektes im Bereich des Verkehrswesens
- Weiterer Ausbau der Mosel als moderne Wasserstraße für den Schiffsverkehr der Zukunft
- Nutzung erneuerbarer Energien in der Großregion
- Harmonisierung der Lehrlingsausbildung zwischen Belgien und Luxemburg
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung in der Großregion
- Grenzüberschreitender polizeilicher Opferschutz in der Großregion

---

Dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben des Ministerpräsidenten vom 30. Oktober 2009 zugeteilt.

**Stellungnahme der Landesregierung  
zu den Beschlüssen des Oberrheinrates  
vom 19. Juni 2009 in Liestal**

1. Beitrag der Trinationalen Metropolregion Oberrhein zum „Territorialen Zusammenhalt“
2. Anschluss des Trinationalen Euroairports Bâle-Mulhouse an das Europäische Schienennetz
3. Beschleunigung des Variantenentscheides der Regio-S-Bahn-Zentrumsverbindung in Basel
4. Bessere Information der Bevölkerung im Bereich der Energieeinsparung
5. Trinationale Metropolregion Oberrhein - Zusammenarbeit im Rahmen der Säule Wissenschaft

**1. Beitrag der Trinationalen Metropolregion Oberrhein zum „Territorialen Zusammenhalt“**

*Anmerkung: Es handelt sich um einen gleichlautenden Beschluss, den Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz in ihren parallel stattfindenden Sitzungen am 19. Juni 2009 verabschiedet haben. Eine Stellungnahme der Landesregierung zu ihrem eigenen Beschluss ist daher nicht möglich.*

**2. Anschluss des Trinationalen Euroairports Bâle-Mulhouse an das Europäische Schienennetz**

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz begrüßt grundsätzlich den Beschluss des Oberrheinrates zum Anschluss des Trinationalen Euroairports Bâle-Mulhouse an das Europäische Schienennetz. Mit dieser Maßnahme setzt sich der Oberrheinrat dafür ein, das Oberrheingebiet insgesamt als Wirtschaftsstandort weiter voranzubringen.

Von dem konkret vorgeschlagenen Projekt ist das Land Rheinland-Pfalz nicht direkt betroffen. Im Rahmen der solidarischen Zusammenarbeit am Oberrhein auf der Ebene der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz trägt die Landesregierung die gemeinsam beschlossene Politik grundsätzlich mit. Eine abschließende Stellungnahme behält sie sich bis zur Behandlung dieses Beschlusses in den Gremien der Oberrheinkonferenz vor.

**3. Beschleunigung des Variantenentscheides der Regio-S-Bahn-Zentrumsverbindung in Basel**

Der Beschluss des Oberrheinrates zur Beschleunigung des Variantenentscheides der Regio-S-Bahn-Zentrumsverbindung in Basel wird von der Landesregierung im Rahmen der solidarischen Zusammenarbeit am Oberrhein auf der Ebene der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz grundsätzlich befürwortet. Das Land Rheinland-Pfalz ist von diesem Projekt nicht direkt betroffen.

**4. Bessere Information der Bevölkerung im Bereich der Energieeinsparung**

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz unterstützt in vollem Umfang den Beschluss des Oberrheinrates zur besseren Information der Bevölkerung im Bereich der Energieeinsparung. Viele Maßnahmen in diesem Bereich werden in Rheinland-Pfalz bereits umgesetzt.

Der Oberrheinrat hebt in seinem Beschluss vor allem die Einrichtung der Energieagenturen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hervor. Insbesondere durch die Unterstützung der Landesregierung konnten die Aktivitäten der rheinland-pfälzischen Energieagentur BOR in den letzten Jahren ganz erheblich ausgeweitet werden und stellen einen wichtigen Baustein in der Energieeinsparungskampagne „UnserEner“ dar. Mit dem Infomobil zur Kampagne wurde im vergangenen Jahr eine zusätzliche Beratungsmöglichkeit geschaffen. Die Organisationsstruktur der BOR als Verein mit rund 100 Mitgliedern sorgt für eine breite Basis von Akteuren aus dem Energiebereich.

Die vom Oberrheinrat gewünschte grenzüberschreitende Vernetzung der Aktivitäten im Bereich der Energieberatung wird von der Landesregierung begrüßt. Einen INTERREG-IV-A-Antrag für ein trinationales Energiecluster zur Energieeffizienz in Gebäuden hat sie unlängst positiv bewertet. Das Projekt wird vom Land mitfinanziert.

### 5. Trinationale Metropolregion Oberrhein - Zusammenarbeit im Rahmen der Säule Wissenschaft

Der Beschluss des Oberrheinrates zur „Trinationalen Metropolregion Oberrhein - Zusammenarbeit im Rahmen der Säule Wissenschaft“ wird von der rheinland-pfälzischen Landesregierung begrüßt.

Sie stimmt mit dem Oberrheinrat darin überein, dass der Bereich Forschung und Bildung eine wichtige Säule bei der Weiterentwicklung des Oberrheins zur trinationalen Metropolregion ist. Die Metropolregion Oberrhein zeichnet sich in diesem Bereich durch eine einzigartige Vielfalt hochwertiger Bildungs- und Forschungseinrichtungen aus. Die oberrheinische Wissenschaftslandschaft ist mit Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa eine der leistungsstarken Regionen. Mit rund 167 000 Studierenden und zahlreichen Beschäftigten in Forschung und Lehre sowie in wissenschaftsnahen Bereichen kommt der Wissenschaft am Oberrhein auch in kultureller Hinsicht erhebliche Bedeutung zu.

Aus Sicht der Landesregierung ist die Bildungs- und Forschungslandschaft am Oberrhein fachlich sehr breit, dicht und differenziert. Sie bietet daher große Chancen für eine Entwicklung in dem beschlossenen Sinne. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass auf dem Weg, das Oberrheingebiet bis 2020 zu einem der dynamischsten grenzüberschreitenden Wissenschaftsräume Europas zu machen, ein koordiniertes Leitbild unter Einbeziehung aller Partnerregionen erarbeitet werden muss. Dies erfordert eine abgestimmte Hochschul- und Forschungspolitik, insbesondere im Hinblick auf die Rahmenbedingungen für eine Profilbildung der Einrichtungen.

Die Landesregierung unterstützt das Ziel, trinationale Kooperationsprojekte im Hochschul- und Forschungssektor zu erarbeiten. Sie verweist darauf, dass die Hochschulen am Oberrhein derzeit durch vielfältige Kontakte mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf der ganzen Welt und durch Beteiligung an Forschungsprogrammen nationaler, europäischer und internationaler Stellen in das weltweite Forschungs- und Wissenschaftsnetz integriert sind. Die Verknüpfung von Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung ermöglicht innovative Entwicklungen, auf die Unternehmen am Oberrhein angewiesen sind, um weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben. Dabei spielen nicht nur die intensiven Forschungsk Kooperationen mit den am Oberrhein ansässigen internationalen Konzernen und ihren zum Beispiel in Nordamerika und Asien gelegenen Forschungseinheiten eine Rolle, sondern auch Kooperationen mit kleinen und mittelgroßen Unternehmen.

In der jüngsten Vergangenheit haben die nationalen und regionalen Behörden, aber auch die Hochschulen große Anstrengungen unternommen, Netzwerke aufzubauen und das in den einzelnen Forschungseinrichtungen gewonnene Wissen durch Transferaktivitäten besser zu verwerten (zum Beispiel durch Verbundforschungsprojekte und innovative Unternehmensgründungen aus der Wissenschaft). Die überwiegend lokal und regional agierenden Hochschulen sind zunehmend europaweit vernetzt. Dazu dienen europäisch geförderte Netzwerke wie zum Beispiel das Enterprise Europe Network (EEN) oder die zahlreichen Kooperationen, die durch INTERREG-Projekte entstehen und für weiterführende Aktivitäten genutzt werden.

Die Landesregierung erachtet ebenso wie der Oberrheinrat die Weiterentwicklung der Mobilität der Studierenden und der Lehrenden zwischen den Hochschulen am Oberrhein als wichtige Aufgabe. Sie spricht sich dafür aus, bereits die verschiedenen Ausbildungsstufen (vorschulischer Bereich, Primarschulen, Sekundarschulen, berufsspezifische Ausbildungseinrichtungen, Fachhochschulen, Hochschulen, Universitäten, Grandes Ecoles, postuniversitäre Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Institutionen der Weiterbildung) besser zu verzahnen, einzelne Vorhaben zu bündeln und aufeinander abzustimmen.

Die Landesregierung weist darauf hin, dass es für den rheinland-pfälzischen Teil am Oberrhein in den Bereichen Forschung und Technologie bisher nur wenige Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit gibt. Dies hat geographische und fachliche Gründe, insbesondere da sich die Wissenschaftslandschaft des Oberrheins durch eine starke thematische Profilierung im Bereich der Life Sciences auszeichnet.

Obwohl die Universität Koblenz-Landau nur mit dem Hochschulteil Landau im Mandatsgebiet liegt, gibt es jedoch bereits jetzt einige grenzüberschreitende Kooperationen.

Der Campus Landau beteiligt sich am anwendungsorientierten trinationalen Masterstudiengang „Mehrsprachigkeit/Plurilinguisme“, der von Mitgliedern von Conlingua und EUCOR getragen wird. Lehrerbildung, die ansonsten bundeslandspezifisch erfolgt, wird hier exemplarisch Landesgrenzen überschreitend konzipiert. Partnern einrichtungen sind die Pädagogischen Hochschulen Karlsruhe und Freiburg, das Institut Universitaire de Formation des Maîtres d'Alsace, die Université de Haute-Alsace Mulhouse, die Université Marc Bloch Strasbourg, die Pädagogische Hochschule Nordwestschweiz sowie die Historisch-Philosophische Fakultät der Universität Basel. Der Masterstudiengang vermittelt vertiefte Kenntnisse und Kompetenzen in der fächerübergreifenden wissenschaftlichen und pädagogischen Beschäftigung mit Sprache und Kultur am Oberrhein. Insbesondere handelt es sich um Kenntnisse und Kompetenzen in den Bereichen der Kultur- und Landeswissenschaften, der Sprachwissenschaft, des zwei- und mehrsprachigen Lehrens und Lernens sowie der Didaktik des zwei- und mehrsprachigen Unterrichts.

Weiterhin ist das Institut für Umweltwissenschaften der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, intensiv in verschiedene Projekte und Kooperationen in der Grenzregion Frankreich - Schweiz - Deutschland eingebunden. Die Landesregierung ist bestrebt, diese Kooperationen konsequent weiter auszubauen. Mit seinen Arbeitsschwerpunkten und vielfältigen nationalen und inter-

nationalen Kontakten auch in die Wirtschaft (BASF AG, Bayer AG, BVL, IABA/FAO, Syngenta AG, UBA, USDA-ARS) kann das Institut die Kompetenzen in der Region wesentlich erweitern, zu einer intensiveren Vernetzung nach innen und außen beitragen und das wissenschaftliche Gewicht im Bereich der Umweltwissenschaften entscheidend stärken.

Hervorzuheben ist ebenfalls die Beteiligung der Landauer Umweltwissenschaften im Zusammenhang mit der Gründung des „Oberrheinischen Umweltinstituts“. Ausgehend von einer Initiative der Technischen Hochschule Karlsruhe soll das ursprünglich Deutsch-Französische Umweltinstitut (DFIU) auf eine breitere Grundlage gestellt und als interdisziplinäre und internationale Einrichtung im Raum der anvisierten Metropolregion Oberrhein weiterentwickelt werden. Dazu hat es bereits Kontakte gegeben. Auf der Basis einer im Laufe dieses Jahres vorzuliegenden Konzeption werden die interessierten Forschungseinrichtungen in der Oberrheinregion, darunter die Universität Koblenz-Landau, über Formen und Inhalte der umweltwissenschaftlichen Vernetzung im trinationalen Raum entscheiden.

Für die Universität Mainz kommt lediglich der Fachbereich „Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft“ in Germersheim für eine zukünftige Kooperation in Betracht. Der Landesregierung erscheint eine Kooperation mit der Universität Marc Bloch in Straßburg (Abteilung für Übersetzer und Dolmetscher) ausbaufähig zu sein. Weitere Kooperationen mit anderen Hochschulen im engeren Bereich des Übersetzens und Dolmetschens könnten auch dann vielversprechend sein, wenn sie im Bereich der sogenannten Sachfächer angesiedelt sind, das heißt in den Feldern Technik/Informatik, Jura, Wirtschaftswissenschaft. Der Fachbereich Germersheim könnte so einen wichtigen Beitrag zur fundierten und aktuellen Basis-Ausbildung der zukünftigen Fachübersetzerinnen und -übersetzer sicherstellen.

**Stellungnahme der Landesregierung  
zu den Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarier-Rates  
vom 15. Mai 2009 in Luxemburg**

1. Einführung eines INTERREG-Projektes im Bereich des Verkehrswesens
2. Weiterer Ausbau der Mosel als moderne Wasserstraße für den Schiffsverkehr der Zukunft
3. Nutzung erneuerbarer Energien in der Großregion
4. Harmonisierung der Lehrlingsausbildung zwischen Belgien und Luxemburg
5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung in der Großregion
6. Grenzüberschreitender polizeilicher Opferschutz in der Großregion

**1. Einführung eines INTERREG-Projektes im Bereich des Verkehrswesens**

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz unterstützt ausdrücklich die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rats zur Einführung eines INTERREG-Projekts im Bereich des Verkehrswesens.

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSAGR) hatte 2008 vorgeschlagen zu prüfen, ob und inwieweit in der Großregion ein einheitliches Tarifsysteem geschaffen werden kann beziehungsweise welche organisatorischen Strukturen dafür erforderlich wären. Im Rahmen eines INTERREG-Projekts soll zunächst eine Machbarkeitsstudie zur Untersuchung der offenen Fragen wie der Vereinheitlichung der Tarifsysteme, der Abstimmungs- und Entscheidungsstrukturen sowie der Finanzierung durchgeführt werden.

Die ursprünglich getrennt behandelten Themen „Verkehrsverbund“ und „einheitliches Fahrplan- und Preis-Informationssystem“ sollen in der Machbarkeitsstudie gemeinsam abgearbeitet werden. Dazu soll zunächst eine Vorstudie erstellt werden; darauf aufbauend wird im Rahmen des INTERREG-IV-A-Programms ein Antrag für die Hauptstudie gestellt werden. Folgende Punkte sollen in der Vorstudie bearbeitet werden: Bestandsanalyse, räumlicher Zuschnitt für eventuelle Maßnahmen, rechtliche Fragen, Handlungsbedarf und Empfehlung, ob und unter welchen Rahmenbedingungen eine gemeinsame Struktur für die Großregion zielführend sein kann. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat die entsprechende finanzielle Unterstützung zugesagt.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung begrüßt grundsätzlich diese Vorgehensweise, da sich ein gemeinsames Tarif- und Auskunftssystem sowie integrierte grenzüberschreitende Verkehrsangebote positiv auf die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Gesamttraum auswirken können. Nach Vorliegen der Vorstudie wird zu entscheiden sein, welche Inhalte die Hauptstudie enthalten soll. Insgesamt bewertet die Landesregierung die Umsetzung des Vorhabens als sehr ambitioniert, da die in den beteiligten Regionen bestehenden ÖPNV-Strukturen sehr unterschiedlich sind. Aus ihrer Sicht werden aber auf jeden Fall Potenziale zur Weiterentwicklung und Brtüchtigung bestehender Systeme und grenzübergreifender Kooperationen aufgezeigt werden können.

Die Landesregierung weist darauf hin, dass nach den Bestimmungen des Landesgesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr (Nahverkehrsgesetz - NVG) in Rheinland-Pfalz letztlich die Landkreise und kreisfreien Städte als gesetzlich bestimmte ÖPNV-Aufgabenträger über die Umsetzung eventueller aus der Hauptstudie abzuleitender Handlungsempfehlungen zu entscheiden haben.

In den bisherigen Stellungnahmen forderte das Land Rheinland-Pfalz für die Großregion gezielte, bilateral angelegte grenzüberschreitende Tarifkooperationen. Zwischen dem Verkehrsverbund Region Trier (VRT) und dem Großherzogtum Luxemburg gibt es bereits entsprechende Vereinbarungen; teilweise existieren solche aber auch zwischen den einzelnen Verkehrsunternehmen und des Chemins de Fer Luxembourgeois (CFL) in Luxemburg. Auch hiervon profitieren bereits die Fahrgäste.

**2. Weiterer Ausbau der Mosel als moderne Wasserstraße für den Schiffsverkehr der Zukunft**

Die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rats zum weiteren Ausbau der Mosel als moderner Wasserstraße für den Schiffsverkehr der Zukunft wird von der Landesregierung grundsätzlich befüwortet.

Die Mosel verbindet als Verkehrsweg die Industriezentren im Saarland, in Lothringen, Luxemburg und den Trierer Raum mit dem Rhein, dem westdeutschen Kanalgebiet sowie den Seehäfen in den Niederlanden und Belgien. Auf der Basis eines Staatsvertrages aus dem Jahr 1956 zwischen den Ländern Frankreich, Luxemburg und Deutschland wurde die Mosel in den Jahren 1958 bis 1964 zur Großschiffahrtsstraße ausgebaut.

Auf der Mosel, die im Zuge des Moselausbaus ehemals für eine Gesamttonnage von maximal 10 Mio. t jährlich ausgelegt wurde, werden derzeit pro Jahr auf rund 13 000 Schiffen rund 16 Mio. t transportiert. Die Mosel zählt damit zu den Wasserstraßen mit dem höchsten Auslastungsgrad in Europa. Auch ohne Sondereinflüsse durch einen etwaigen erhöhten Importbedarf infolge des saarländischen Kohleabbanstopps wird für das Jahr 2015 eine Gesamttonnage von 18 Mio. t prognostiziert, die jedoch voraussichtlich deutlich früher erreicht wird.

Die Landesregierung unterstützt uneingeschränkt die Forderung des Interregionalen Parlamentarier-Rats, die Funktionsfähigkeit der Mosel als moderner Wasserstraße durch den zügigen Bau der zweiten Schleusenkammern zu verbessern.

Die Kapazität der zehn deutschen Moselschleusen in der Baulast des Bundes, die bislang nur mit einer Schleusenkammer ausgestattet sind, soll durch den Bau einer zweiten Schleusenkammer an jeder Schleuse verdoppelt werden. Die Baumaßnahmen sind seit 2003 im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlicher Bedarf“ ausgewiesen. Die Gesamtkosten je Schleusenvorhaben belaufen sich auf rund 40 bis 45 Mio. €.

Die Landesregierung stimmt mit dem Interregionalen Parlamentarier-Rat darin überein, dass das prognostizierte Verkehrswachstum, der Trend zu längeren Schiffen, das Alter und die Störanfälligkeit der bestehenden Schleusenkammern den Bau der zweiten Schleusenkammern bei allen zehn deutschen Moselschleusen dringlich machen. Die Verkehrssituation wird insbesondere im Sommerhalbjahr verschärft durch die Fahrgastschiffahrt, die nach den Regelungen der Moselschiffahrtspolizeiverordnung des Bundes unter bestimmten Voraussetzungen gegenüber der Frachtschiffahrt an den Schleusen bevorzugt geschleust wird. Im Einzelfall kann dies auf der Relation Koblenz - Dillingen zu Verzögerungen für die Frachtschiffahrt von bis zu 15 Stunden führen.

Die zweite Schleusenkammer in Zeltingen wurde am 17. August 2008 in Betrieb genommen (Probetrieb); die Inbetriebnahme der zweiten Schleusenkammer in Fankel ist für 2010 vorgesehen. Für die zweite Schleusenkammer in Trier ist der Planfeststellungsbeschluss inzwischen rechtskräftig geworden, das Planfeststellungsverfahren für die Schleusen in Lehmen wird derzeit vorbereitet. Für die restlichen Schleusenprojekte in Detzem, Enkirch, Koblenz, Müden, St. Aldegund und Wintrich bestehen noch keine konkreten Zeitplanungen.

Mit Blick auf das bisherige Realisierungstempo, das den Abschluss aller zehn Schleusenprojekte bis zum Jahr 2032 vorsieht, ist aus Sicht der Landesregierung eine schnellere bauliche Umsetzung der noch ausstehenden acht Schleusenprojekte dringend erforderlich. Wesentliches Hemmnis für einen schnelleren Baufortschritt sind derzeit mangelnde Ingenieurkapazitäten bei der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes.

Das Land Rheinland-Pfalz hat deshalb zusammen mit dem Saarland und mit Luxemburg Verhandlungen mit dem Bund über eine zügigere Realisierung der noch ausstehenden Schleusenvorhaben aufgenommen. Im Bundeshaushalt 2009 sind daher zusätzliche Planstellen zur Beschleunigung der Baumaßnahmen an der Mosel geschaffen worden; dies soll eine Fertigstellung bis zum Jahr 2030 ermöglichen.

Mit Blick auf aktuelle Kooperationsmodelle zwischen dem Bund und Dritten, die derzeit beim Ausbau des Neckars, der Weser und des Dortmund-Ems-Kanals für eine beschleunigte Umsetzung praktiziert werden, hat die Bundesregierung darüber hinaus für den Ausbau der Moselschleusen ein Gemeinschaftsprojekt angeregt. Wegen der hohen verkehrlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Großschiffahrtsstraße Mosel für die Region haben sich auf Initiative von Rheinland-Pfalz das Großherzogtum Luxemburg sowie die Länder Saarland und Rheinland-Pfalz dem Grunde nach bereit erklärt, das Ausbauvorhaben zu unterstützen mit dem Ziel, alle zehn deutschen Moselschleusen bis zum Jahr 2025 mit einer zweiten Schleusenkammer auszustatten. Derzeit werden die Einzelheiten zwischen den Beteiligten verhandelt.

Dem in der Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rats geforderten schnelleren Ausbau der Moselschleusen soll im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Beteiligten entsprochen werden.

Die Landesregierung ist der Ansicht, dass die bisherigen Vorschleusungsregelungen in der Moselschiffahrtspolizeiverordnung eine fein austaritierte Balance zwischen den verschiedenen Interessengruppen der Binnenschiffahrt herstellen. Eine Neujustierung der Vorschleusungsrechte dürfte je nach dem Regelungscharakter auf Widerstände bei der vorschleusungsberechtigten Fahrgast- bzw. Fahrgastkabinschiffahrt oder der Frachtschiffahrt führen.

Aus rheinland-pfälzischer Sicht sollte der Grundcharakter der Vorschleusungsrechte daher auch in Zukunft beibehalten werden. Die Landesregierung vertritt die Auffassung, dass die Konkurrenzsituation zwischen der Frachtschiffahrt und der Fahrgastschiffahrt an den Moselschleusen nur durch die bereits begonnene Ausrüstung der Moselschleusen mit einer zweiten Schleusenkammer nachhaltig entschärft werden kann. Diesbezüglich wird mit der Fertigstellung der zweiten Schleusenkammer an den beiden besonders hoch frequentierten Schleusen in Zeltingen im Jahr 2009 und in Fankel im Jahr 2010 zeitnah bereits eine deutliche Entspannung der Verkehrssituation erfolgen.

Des Weiteren weist die Landesregierung darauf hin, dass mit dem Ausbau der Bundeswasserstraße Mosel als leistungsstarker, umwelt- und klimaschonendem Verkehrsträger auch das Ziel der Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Mosel erreicht werden kann. Am 16. Februar 2009 haben die Landesregierung und die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest eine Vereinbarung zum Bau von Fischwechseleinrichtungen als Ausgleich für den Bau der zweiten Schleusenkammern unterzeichnet. Mit der dort geregelten Anerkennung und der Übernahme der Bauverantwortung für die Fischwechseleinrichtungen durch das Land trägt Rheinland-Pfalz zu einer Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungszeiten der von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion durchzuführenden Planfeststellungsverfahren bei.

### 3. Nutzung erneuerbarer Energien in der Großregion

Die rheinland-pfälzische Landesregierung begrüßt ausdrücklich die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rats bezüglich der Nutzung erneuerbarer Energien in der Großregion.

Viele der Vorschläge, die die beiden Kommissionen „Wirtschaftliche Fragen“ und „Umwelt und Landwirtschaft“ in ihrem Abschlussbericht zur stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien unterbreitet haben, werden in Rheinland-Pfalz bereits umgesetzt. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann von den Erfahrungen der Akteure in Rheinland-Pfalz profitieren und sollte darauf zurückgreifen können.

Das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel beteiligt sich an dem grenzüberschreitenden INTERREG-Projekt „Enerbiom“ in der Großregion. Im Rahmen dieses Projekts wird die umweltschonende Produktion von Biogas in sensiblen Räumen untersucht. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz ist Kofinanzierer dieses Projekts.

Im Jahr 2006 hat Rheinland-Pfalz am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel ein Beratungszentrum für nachwachsende Rohstoffe eingerichtet, das vor allem landwirtschaftliche Betriebe, aber auch interessierte kommunale Einrichtungen hinsichtlich der effizienten und nachhaltigen Nutzung nachwachsender Rohstoffe beraten soll. Weiterhin wurde ein „Kompetenznetzwerk Nachwachsende Rohstoffe“ gegründet, in dem Forschungseinrichtungen, private Unternehmen, Berufsverbände, Officialberatung und landwirtschaftliche Praxis gemeinsam neue Projekte diskutieren und bei der Umsetzung unterstützen.

Bildungsangebote, durch die junge Menschen für die Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung sensibilisiert werden, werden seitens der landwirtschaftlichen Berufsbildung an den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum zur Verfügung gestellt und ständig erweitert.

Die Landesregierung weist darauf hin, dass landesweit hinsichtlich des Versuchswesens im Bereich nachwachsender Rohstoffe ein Verbund zwischen den einzelnen Dienstleistungszentren Ländlicher Raum, der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Speyer, der Fachhochschule Bingen sowie weiteren privaten Forschungs- und Untersuchungseinrichtungen besteht. Die Information der Bevölkerung über die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die regelmäßige Durchführung von Fachveranstaltungen wie beispielsweise zur Solar- oder Biomassenutzung werden in Rheinland-Pfalz bereits praktiziert. Die Landesregierung verweist auf die Arbeit der Energieagenturen in Rheinland-Pfalz.

Aus Sicht der Landesregierung empfiehlt sich bei der Realisierung gemeinsamer Projekte in den Bereichen Windkraft, Fotovoltaik, Geothermie und Biomasse an grenzüberschreitenden Standorten ein Einbezug der Akteure aus dem Bereich der Raumordnung und Landesplanung. So schreibt die regionale Planungsgemeinschaft Region Trier aktuell ihr regionales Energiekonzept fort. In der Region wird derzeit eine mit europäischen Mitteln geförderte Energieagentur gegründet. Außerdem nimmt die regionale Planungsgemeinschaft an dem Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Strategische Einbindung regenerativer Energien in regionale Entwicklungskonzepte“ teil und ermittelt in diesem Zusammenhang unter anderem die Potenziale für erneuerbare Energien in der Region. Für den Bereich der Windenergie liegt bereits ein Konzept vor, welches die Ansiedlung von Anlagen abschließend steuert. Im Sinne der Vergleichbarkeit der Daten und ihrer späteren Nutzung erscheint eine Abstimmung wünschenswert. In Bezug auf die Raumverträglichkeit und Steuerung der Ansiedlung erneuerbarer Energien verweist die Landesregierung insbesondere auf die unterschiedlichen Planungssysteme bei den angrenzenden Partnern. Ein Vergleich der Planungspraxis wäre hier von beiderseitigem Interesse.

### 4. Harmonisierung der Lehrlingsausbildung zwischen Belgien und Luxemburg

Die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rats zur „Harmonisierung der Lehrlingsausbildung zwischen Belgien und Luxemburg“ wird von der Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Kenntnis genommen. Sie ist von der Empfehlung nur in Teilbereichen betroffen.

Die Forderung des Interregionalen Parlamentarier-Rats an den Gipfel der Großregion, die Möglichkeiten einer Harmonisierung der Lehrlingsausbildung sowie einer gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen innerhalb der Großregion zu befördern, wird von der Landesregierung begrüßt. Sie verweist auf ihre Stellungnahme zur Empfehlung „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung in der Großregion“.

## 5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung in der Großregion

Die Landesregierung stimmt der Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rats zur „Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung in der Großregion“ uneingeschränkt zu. Vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung und des europäischen Qualifikationsrahmens sollte der Kompetenzerwerb im Bereich der beruflichen Bildung zukünftig stärker grenzüberschreitend betrachtet werden.

Die Landesregierung weist darauf hin, dass es in der beruflichen Bildung für Splitterberufe bereits jetzt grenzüberschreitende Kooperationen in der Großregion, insbesondere zu Luxemburg, gibt. Beispielhaft genannt werden kann hier die Ausbildung als Buchbinder/Buchbinderin. Die Auszubildenden, die in Betrieben in Rheinland-Pfalz arbeiten, werden an der Berufsschule in Luxemburg geschult. Die Landesregierung ist derzeit bemüht, mit den zuständigen Stellen sowie den beteiligten berufsbildenden Schulen eine Rahmenvereinbarung zu konzipieren, die so gestaltet wird, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen der dualen Ausbildung gewahrt werden und die Möglichkeit vorgesehen ist, dass die Auszubildenden aus Deutschland sowie die aus Luxemburg gegebenenfalls so zertifiziert werden, dass ihre beruflichen Abschlüsse in den jeweiligen Ländern anerkannt werden. Das Land Rheinland-Pfalz beabsichtigt, ausgehend von dem noch zu schaffenden Fundament weitere Ausbildungskooperationen zu ermöglichen.

Aus Sicht der Landesregierung ist die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung mit dem Ziel, die berufliche Mobilität zu befördern, zu unterstützen. Durch diese Zusammenarbeit werden die Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigungschancen der in der Großregion lebenden jungen Menschen verbessert. Angesichts der demographischen Entwicklung leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie zur Sicherstellung einer wohnortnahen Qualifizierung, welche im Interesse der Betriebe ist.

Der in der Empfehlung genannten Erfassung der gegenseitigen Anerkennungsmöglichkeiten von Ausbildungsinhalten und der Erfassung von Kernkompetenzen stimmt die Landesregierung zu. Hierbei sollte es sich nicht nur um die Anerkennung von erworbenen formalen Qualifikationen handeln, sondern auch um die Dokumentation informeller Kompetenzen. Die Landesregierung erachtet es als sinnvoll, bei der Entwicklung von Zertifikaten auch bestehende Regelungen und bereits in der Anwendung befindliche Zertifikate und/oder Qualifikationspässe mit zu berücksichtigen.

Die Landesregierung teilt die Auffassung des Interregionalen Parlamentarier-Rats, dass Maßnahmen, die vor allem auf eine verstärkte Zusammenarbeit, auf Transparenz und Austausch sowie auf die Förderung von Sprachkompetenzen abzielen, auch weiterhin zu fördern sind.

In Rheinland-Pfalz gibt es zahlreiche Akteure und Ansatzpunkte, die sich den in den Empfehlungen genannten Themen bereits widmen, sei es im Rahmen von Studien oder in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (z. B. WSAGR, Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle, EURES, INTERREG-Aktivitäten) oder über Projekte aus den Bereichen „Übergang Schule-Ausbildung“, „Berufswegeplanung“, „Fachkräftesicherung“ oder „Integration ins Erwerbsleben“. Gerade in den – vielfach auch ESF-geförderten – arbeitsmarktpolitischen Projekten der rheinland-pfälzischen Teilregion gibt es zahlreiche Ansatzpunkte. Eine Diskussion über Themen wie Anerkennung von Abschlüssen und Kompetenzfeststellungsverfahren findet derzeit in den unterschiedlichen Fachressorts statt.

## 6. Grenzüberschreitender polizeilicher Opferschutz in der Großregion

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz begrüßt die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rats zum „Grenzüberschreitenden polizeilichen Opferschutz in der Großregion“. Sie unterstützt die darin zum Ausdruck gebrachte Forderung nach einer Weiterentwicklung und umfassenden Vernetzung des polizeilichen Opferschutzes in der Großregion. „Polizeilicher Opferschutz“ trägt dazu bei, die Sicherheit und Lebensqualität in der Großregion zu erhöhen.

Die Grenzregion wird von der Bevölkerung als gemeinsamer Arbeits-, Konsum- und Freizeitraum genutzt. Es ist jedoch auch ein gemeinsamer kriminalgeographischer Raum, in dem Bewohnerinnen und Bewohner oder Gäste potenzielle Täterinnen und Täter oder auch potenzielle Opfer von Straftaten oder Unfällen werden können.

Der Bedeutung des Opferschutzes trägt die Polizei Rheinland-Pfalz in ihrer Arbeit Rechnung – das spiegelt auch der Entwurf der Landesziele 2010 bis 2012 in seiner Ziffer 4: „Stabilisierung des Vertrauens der Bevölkerung in die Polizei“ wider. Opferschutz ist dabei ein polizeiliches Anliegen auf der Ebene des Landes, insbesondere angesiedelt in der Arbeit der Leitstelle für Kriminalprävention, aber auch auf der Ebene der polizeilichen Dienststellen.

Die Leitstelle „Kriminalprävention“ ist ständiges Mitglied der Unterarbeitsgruppe „Kriminalprävention“ (vormals Projektgruppe „Interregionale Kriminalprävention“) in der Arbeitsgruppe „Sicherheit und Prävention“ des Gipfels. Seit 2008 obliegt ihr der Vorsitz in der Unterarbeitsgruppe.

Das Land Rheinland-Pfalz beteiligt sich mit einem Vertreter des Polizeipräsidiums Trier in einer Arbeitsgruppe zur Umsetzung von Handlungsempfehlungen, die durch das Saarland nach einer vergleichenden Untersuchung des polizeilichen Opferschutzes in der Großregion entwickelt wurden. Diese Arbeitsgruppe erstellte bislang ein in deutscher und französischer Sprache vorliegendes Falt-

blatt mit opferschutzbezogenen Informationen und Präventionshinweisen, das sich unter anderem an Touristinnen und Touristen sowie an BerufspendlerInnen und -pendler richtet. Zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit entwickelte die Arbeitsgruppe einen mehrsprachigen Internetauftritt, der die Internetseiten der Polizeien ergänzen soll und der vom Hans der Großregion betreut wird ([www.grossregion.net](http://www.grossregion.net)). Mit einer Plakataktion „Opferschutz – Wir helfen gemeinsam“ betonte sie in Polizeidienststellen diese polizeiliche Aufgabe. Die Unterarbeitsgruppe „Kriminalprävention“ und die Arbeitsgruppe stellten diese Ergebnisse am 5. Mai 2009 im Rahmen der Europawoche in Saarbrücken vor.

In Rheinland-Pfalz wurden auf der Ebene der Polizeipräsidien besondere Beratungsstellen der Polizei eingerichtet, die sich auch im Opferschutz engagieren. Die Präsidien kooperieren mit dem WEISSEN RING als Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und deren Familien. Bei Bedarf und auf Wunsch wird Opfern von Straftaten ein Kontakt zum WEISSEN RING hergestellt. Des Weiteren gibt es mittlerweile über 70 Zeugenkontaktstellen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften, die Hilfeleistungen im unmittelbaren Zusammenhang mit Verhandlungs- und Vernehmungsterminen leisten. Zu nennen ist auch die Stiftung Rheinland-Pfalz für Opferschutz, bei der Opfer finanzielle Unterstützung beantragen können.

Luxemburg, das Saarland und das Polizeipräsidium Trier bereiten derzeit für November 2009 eine gemeinsame Arbeitstagung zum Thema „Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ vor.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz ist der Ansicht, dass insbesondere mit kindlichen und jugendlichen Opfern von Gewaltverbrechen und Sexualdelikten wie Menschenhandel oder Stalking, von denen überwiegend Frauen betroffen sind, ein besonders sensibler Umgang nötig ist. Verständnis für die Situation der traumatisierten Opfer und eine Ansprache und Behandlung, die eine sekundäre Viktimisierung vermeiden helfen, stehen dabei im Vordergrund. Hierbei sollten immer auch die darauf spezialisierten und von der Landesregierung geförderten Fachberatungsstellen wie SOLWODI e. V. bei Menschenhandel, die Interventionsstellen in Fällen von Stalking oder die Frauennotrufe in Fällen von Sexualdelikten einbezogen werden. Darüber hinaus sind natürlich auch Informationen über rechtliche Unterstützungsmöglichkeiten wie das Opferentschädigungsgesetz unerlässlich.

Von Seiten des Landes Rheinland-Pfalz gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte, die im Rahmen eines vernetzten polizeilichen Opferschutzes in der Großregion einzubeziehen sind. Die Empfehlung, den Opferschutz grenzübergreifend weiter zu optimieren und zu intensivieren, wird von der Landesregierung entsprechend positiv bewertet.